

Wie aus Linken Rechte werden

Der vermeidbare Aufstieg des Front National

Von **Didier Eribon**

In meiner Kindheit ist meine gesamte Familie „kommunistisch“ gewesen, und zwar in dem Sinn, dass die Bindung an die Kommunistische Partei als eine Art politisches Ordnungsprinzip den Horizont des Verhältnisses zur Politik überhaupt bestimmte. Wie aber konnte es dazu kommen, dass man in derselben Familie wenig später rechte oder rechtsextreme Parteien wählte und dies sogar manchmal als die „natürliche“ Wahl empfand? Was war geschehen, dass nun so viele den Front National wählten, die ihn zuvor intuitiv als Klassenfeind betrachtet und seine Vertreter genüsslich beleidigt hatten, sobald sie auf dem Fernsehschirm auftauchten (eine seltsame und doch wirksame Art, sich in dem zu bestätigen, was man ist und woran man glaubt)? Und wie kam es dazu, dass ein erheblicher Teil dieser Wähler im zweiten Wahlgang einem Kandidaten der zuvor geächteten bürgerlichen Rechten seine Stimme gab oder sogar schon im ersten Wahlgang jenen Hampelmann der Business-Bourgeoisie unterstützte, der schließlich ins Präsidentenamt aufstieg? Und vor allem: Welch riesigen Anteil an dieser Entwicklung hatte die offizielle Linke – und all jene, die ihr politisches Engagement der 1960er und 70er Jahre gar nicht schnell genug als Jugendsünde abtun und in Ämter und Machtpositionen aufsteigen konnten, wo sie rechtem Denken Vorschub leisteten mit ihrem Versuch, das Wesens- und sogar Gründungsmerkmal der Linken vergessen zu machen, das seit dem 19. Jahrhundert darin besteht, soziale Antagonismen und Unterdrückungsmechanismen zu thematisieren oder ganz einfach den Beherrschten eine politische Stimme zu geben?

Was aus der politischen Repräsentation und den kritischen Diskursen verschwand, war nicht nur die Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen und Traditionen, es waren die Arbeiter selbst, ihre Kultur, ihre spezifischen Lebensbedingungen, ihre Hoffnungen und Wünsche.¹

Als ich aufs Gymnasium ging und ein trotzkistischer Linker war, wurde mein Vater nicht müde, gegen „die Studenten“ zu wettern, „die alles besser wissen“ und die „schon in zehn Jahren zurückkommen“ würden, „um uns zu regieren“. Für mich stand seine Meinung, emotional und übertrieben, wie

* Der Beitrag basiert auf „Rückkehr nach Reims“, dem jüngsten Buch des Autors, das soeben im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

¹ Vgl. Stéphane Beaud und Michel Pialoux, *Retour sur la condition ouvrière. Enquêteaux usines Peugeot de Sochaux-Montbéliard*, Paris 1999.

sie war, im Widerspruch zu den historischen Interessen der Arbeiterklasse. Sie ließ sich dem Einfluss einer alten, ungenügend entstalinisierten kommunistischen Partei zuschreiben, der es in erster Linie darum ging, den Marsch der Revolution aufzuhalten. Wenn ich aber sehe, was aus denen geworden ist, die sich damals am Mythos des proletarischen Aufstands berauschten und den Bürgerkrieg predigten, wie könnte ich da behaupten, dass mein Vater falsch lag? Sie sind genauso selbstsicher und vehement wie früher, verurteilen heute jedoch (mit wenigen Ausnahmen) all das, was auch nur von Weitem nach einem Protest der „populären Klassen“ aussieht.

Diese Leute haben erreicht, was ihnen gesellschaftlich versprochen war. Sie sind geworden, was sie werden sollten, und haben sich dabei von der selbst erklärten Avantgarde der Arbeiter (die sie für zu schüchtern, zu „verbürgerlicht“ hielten) in deren Feinde verwandelt. „Geht nach Hause, in zehn Jahren seid ihr Notare!“, soll Marcel Jouhandeau im Mai 1968 demonstrierenden Studenten zugerufen haben. Mein Vater dürfte mehr oder weniger dasselbe gespürt oder gedacht haben, wenn auch aus diametral entgegengesetzten Gründen. Und so ist es schließlich auch gekommen. Notare vielleicht nicht, aber „Notabeln“ sind sie geworden, nach oftmals verblüffenden Karrieren sind sie politisch, intellektuell und persönlich in der Komfortzone der sozialen Ordnung angekommen und verteidigen nunmehr den Status quo einer Welt, die ganz und gar dem entspricht, was sie selbst geworden sind.

Die große Metamorphose unter François Mitterrand

Als François Mitterrand 1981 die Hoffnung auf einen linken Wahlsieg einlöste, gelang es ihm, etwa ein Viertel der kommunistischen Stammwähler auf seine Seite zu ziehen, während der kommunistische Kandidat im ersten Wahlgang nur noch auf 15 Prozent der Stimmen kam (nach 20 im Jahr 1977). Diese Erosion, in der sich der kommende Zusammenbruch bereits ankündigte, lässt sich zu großen Teilen mit der Entwicklungsunfähigkeit einer „Partei der Arbeiterklasse“ erklären, die nicht mit der Sowjetunion brechen wollte (von der sie allerdings auch großzügig finanziert wurde) und die nicht in der Lage war, neue, seit dem Mai 1968 entstandene gesellschaftliche Strömungen in sich aufzunehmen. Sie schaffte es nicht, dem Willen zur politischen Erneuerung und sozialen Transformation Rechnung zu tragen, der die 1960er und 70er Jahre geprägt hatte und der 1981 gewissermaßen an sein Ziel kam.

Doch nach dem Sieg der Linken und angesichts der Regierungsbeteiligung der Kommunisten setzten im Volk bald Ernüchterung und Verdrossenheit gegenüber der politischen Klasse ein. Man fühlte sich von den Gewählten vernachlässigt oder gar verraten. „Die Politiker sind alle gleich. Ob links oder rechts, die Rechnung zahlen immer dieselben“ – solche Sätze begann man damals zu hören (auch meine Mutter sagte sie jedes Mal, wenn ich mit ihr sprach). Und in der Tat: Die sozialistische Linke unterzog sich einer radikalen, von Jahr zu Jahr deutlicher werdenden Verwandlung und ließ sich mit fragwürdiger Begeisterung auf neokonservative Intellektuelle ein, die sich

unter dem Vorwand der geistigen Erneuerung daran machten, den Wesenskern der Linken zu entleeren. Es kam zu einer regelrechten Metamorphose des Ethos und der intellektuellen Koordinaten. Nicht mehr von Ausbeutung und Widerstand war die Rede, sondern von „notwendigen Reformen“ und einer „Umgestaltung“ der Gesellschaft. Nicht mehr von Klassenverhältnissen oder sozialem Schicksal, sondern von „Zusammenleben“ und „Eigenverantwortung“. Die Idee der Unterdrückung, einer strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten, verschwand aus dem Diskurs der offiziellen Linken und wurde durch die neutralisierende Vorstellung des „Gesellschaftsvertrags“ ersetzt, in dessen Rahmen „gleichberechtigte“ Individuen (gleich? was für ein obszöner Witz) auf die Artikulation von Partikularinteressen zu verzichten (das heißt zu schweigen und sich von den Regierenden nach deren Gusto regieren zu lassen) hätten.

Das Projekt des Sozialabbaus und die Hegemonie der Neokonservativen

Welche ideologischen Ziele verfolgte diese diffuse „politische Philosophie“, die links wie rechts, an beiden Enden des medialen und politischen Spektrums, gefeiert wurde? (Praktischerweise erklärten ihre Verfechter die Grenze zwischen rechts und links für aufgehoben und drängten so die Linke, mit deren Einvernehmen, nach rechts.) Die Absichten wurden kaum verschleiert: Das Beschwören des „autonomen Subjekts“ und die damit einhergehende Verabschiedung aller Überlegungen, die von der determinierenden Kraft historischer und sozialer Gegebenheiten ausgehen, zielten darauf, die Idee, es gäbe so etwas wie soziale Gruppen („Klassen“), ein für alle Mal zu entsorgen. Im Namen einer vermeintlich notwendigen „Individualisierung“ (oder Entkollektivierung, Entsozialisierung), die das Arbeitsrecht, die sozialen Sicherungssysteme und allgemeiner die Mechanismen der gesellschaftlichen Solidarität und Umverteilung betraf, wurde im gleichen Zug der Rückbau des Wohlfahrtsstaats legitimiert.

Ein Gutteil der Linken schrieb sich nun plötzlich das alte Projekt des Sozialabbaus auf die Fahnen, das zuvor ausschließlich von rechten Parteien vertreten und zwanghaft wiederholt worden war („Eigenverantwortung“ vs. „Kollektivismus“ usw.). Man könnte es auch so zusammenfassen: Die linken Parteien mit ihren Partei- und Staatsintellektuellen dachten und sprachen fortan nicht mehr die Sprache der Regierten, sondern jene der Regierenden, sie sprachen nicht mehr im Namen von und gemeinsam mit den Regierten, sondern mit und für die Regierenden, sie nahmen gegenüber der Welt nunmehr einen Regierungsstandpunkt ein und wiesen den Standpunkt der Regierten verächtlich von sich, und zwar mit einer verbalen Gewalt, die von den Betroffenen durchaus als solche erkannt wurde. In den christsozialen oder philanthropischen Ausprägungen dieses neokonservativen Diskurses ließ man sich bestenfalls dazu herab, diejenigen, die gestern noch „unterdrückt“ oder „beherrscht“ gewesen waren und politisch „gekämpft“ hatten, als „Ausgeschlossene“ darzustellen, als „Opfer“ von „Armut, Prekarisierung

und Ausgrenzung“ und somit als passive und stumme potentielle Empfänger technokratischer Hilfsmaßnahmen. Das war nur eine weitere scheinheilige und hinterhältige Strategie, alle Ansätze ins Abseits zu drängen, die argumentativ auf gesellschaftliche Unterdrückung und sozialen Kampf, auf die Reproduktion und Transformation sozialer Strukturen, auf die Trägheit und die Dynamik klassenbedingter Konflikte abhoben.² Die Mutation des politischen Diskurses verwandelte die Wahrnehmung der sozialen Welt und damit auch die soziale Welt selbst, die zu großen Teilen das performative Produkt der Begriffe ist, durch die wir auf sie blicken.

Wenn man „Klassen“ und Klassenverhältnisse einfach aus den Kategorien des Denkens und Begreifens und damit aus dem politischen Diskurs entfernt, verhindert man aber noch lange nicht, dass sich all jene kollektiv im Stich gelassen fühlen, die mit den Verhältnissen hinter diesen Wörtern objektiv zu tun haben. Im Gegenteil: Von den Verfechtern des „Zusammenhalts“, der „notwendigen“ Deregulierung und des „notwendigen“ Rückbaus sozialer Sicherungssysteme fühlen sie sich nicht länger repräsentiert.³

Die Wahl von Le Pen: Ein Akt der Notwehr

Das war der Grund, weshalb sich im Rahmen einer wie von selbst ablaufenden Neuverteilung der politischen Karten große Teile der Unterprivilegierten jener Partei zuwandten, die sich nunmehr als einzige um sie zu kümmern schien und die zumindest einen Diskurs anbot, der versuchte, ihrer Lebensrealität wieder einen Sinn zu verleihen (und das, obwohl die Anführer dieser Partei mitnichten aus der Arbeiterklasse stammten – im Gegensatz zur Kommunistischen Partei, die stets darauf bedacht gewesen war, ihre Kader aus benachteiligten Milieus zu rekrutieren, damit die Menschen sich in ihnen wiedererkennen konnten). Meine Mutter gab schließlich, nachdem sie es lange verleugnet hatte, zu, schon einmal den Front National gewählt zu haben („Ein einziges Mal“, stellte sie klar, wobei ich mir nicht sicher bin, ob man ihr in dieser Hinsicht glauben kann). „Das war als Warnschuss gedacht, weil es so nicht weitergehen konnte“, sagte sie zu ihrer Verteidigung, nachdem sie die Scham des Geständnisses überwunden hatte. Und erstaunlicherweise fügte sie hinzu: „Die Leute, die Le Pen gewählt haben, wollten ihn gar nicht. Im zweiten Wahlgang wurde wieder normal gewählt.“⁴

Im Gegensatz zur Stimme für die Kommunisten, die man selbstbewusst, demonstrativ und öffentlich abgab, wurde die Wahlentscheidung für die Rechtsextremen gegenüber dem Urteil von außen (und zu diesem „Außen“

2 Die Tatsache, dass einige Soziologen zur Analyse der „Prekarisierung“ des Arbeitsmarktes und der „neuen Gegebenheiten“ in der „sozialen Frage“ den so dummen wie reaktionären Begriff des „Massenindividualismus“ erfunden haben, sagt schon einiges aus über ihren traurigen Weg von der kritischen Linken in die Zirkel des technokratischen Neokonservatismus.

3 Vgl. zur Wandlung ökonomischer Diskurse und Politiken Frédéric Lebaron, *Le Savant, la politique et la mondialisation*, Bellecombe-en-Bauge 2003.

4 Mit dieser eigenartigen Formulierung bedeutete sie mir, dass sie im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2002 für Jean-Marie Le Pen gestimmt hatte, im zweiten dann aber für Chirac und gegen Le Pen. 2007 wählte sie in beiden Wahlgängen Sarkozy.

gehörte in den Augen meiner Verwandten auch ich) abgeschirmt, ja gelehnet. Das heißt aber nicht, dass diese Entscheidung nicht nach reiflicher Überlegung oder mit weniger Überzeugung getroffen worden wäre. Mit der Wahl der Kommunisten versicherte man sich stolz seiner Klassenidentität, man stellte diese Klassenidentität durch die politische Unterstützungsgeste für die „Arbeiterpartei“ gewissermaßen erst richtig her. Mit der Wahl des Front National verteidigte man hingegen still und heimlich, was von dieser Identität noch geblieben war, welche die Machtpolitiker der institutionellen Linken, sprich: die Absolventen der ENA oder anderer technokratischer Eliteschulen, in denen eine dominante, mittlerweile transpolitisch funktionierende Ideologie fabriziert und gelehrt wurde, ignorierten oder sogar verachteten.⁵

So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten. Würde, dieses zerbrechliche und sich selbst nicht sichere Gefühl. Sie verlangt nach Gesten der Bestätigung. Entwürdigt fühlen sich die Menschen vor allem dann, wenn sie sich als *quantité négligeable*, als bloßes Element politischer Buchführung und damit als ein stummer Gegenstand politischer Verfügungen vorkommen. Wenn die, denen man sein Vertrauen einmal gegeben hat, dieses nicht mehr verdienen, überträgt man es eben anderen. Man wendet sich, und sei es temporär oder in punktuellen Fragen, neuen Repräsentanten zu.⁶

Verurteilt zur Ohnmacht durch den Verlust des Kollektivs

Wessen Fehler ist es also, wenn die anscheinend letzte politische Rettung ein solches Gesicht trägt? Wenn die überlebende oder wiederhergestellte Bedeutung des „Wir“ sich dermaßen gewandelt hat, dass nun nicht länger die „Arbeiter“ den „Bourgeois“ gegenüberstehen, sondern die „Franzosen“ den „Ausländern“? Oder genauer: Wenn der Gegensatz zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“⁷ plötzlich eine nationale und ethnische Komponente bekommt, weil „die da oben“ als Befürworter einer Immigration wahrgenommen werden, deren Folgen „die da unten“ angeblich jeden Tag zu ertragen haben, nämlich einer Einwanderung, die plötzlich für alle möglichen Übel verantwortlich gemacht wird? Man könnte sagen, dass die Stimme für die Kommunisten eine positive Selbstaffirmation darstellt, die für

5 Der Beitrag „reformorientierter“ und oft auch „christlicher“ Linker zur Herstellung dieser dominanten rechten Ideologie ist kaum zu überschätzen. Wenig verwunderlich, dass ein ehemaliger sozialistischer Spitzenpolitiker – aus dem französischen Norden, versteht sich, mit einer anderen sozialen Herkunft und politischen Kultur – seine Parteifreunde im Wahlkampf 2002 daran erinnern musste, dass „Arbeiter“ kein Schimpfwort ist.

6 Zum Vorangehenden verweise ich auf mein Buch „D'une révolution conservatrice et de ses effets sur la gauche française“, Paris 2007.

7 In diesen hat sich der zwischen Arbeitern und Bourgeois verwandelt (was schon nicht mehr dasselbe ist und jeweils unterschiedliche politische Schlussfolgerungen impliziert).

den Front National eine negative. Der Bezug zu parteilichen Strukturen und Wortführern, zu einem kohärenten Parteiprogramm und zu dessen Übereinstimmung mit der eigenen Klassenidentität ist im ersten Fall sehr stark und sogar maßgeblich, im zweiten zweitrangig oder inexistent. In beiden Fällen aber manifestiert sich im Wahlergebnis – ob von den Wählern so gewollt oder nicht – eine Gruppe, die sich durch ihre zugleich individuelle und kollektive politische Stimmabgabe als Gruppe mobilisiert.

Für die Kommunistische Partei formte sich der kollektive Wahlentscheid als Wahlentscheid einer selbstbewussten, in politischen Traditionen und objektiven Lebensbedingungen verankerten Gruppe. Zu ihr gesellten sich andere soziale Gruppen, deren Wahrnehmungen oder Forderungen dauerhaft oder vorübergehend mit den Forderungen der sich als Klassensubjekt manifestierenden Arbeiterklasse übereinstimmten.

Indem man jedoch die Vorstellung konfligierender sozialer Gruppen aus dem politischen Vokabular der Linken tilgte, glaubte man, den Wählern damit auch die Möglichkeit einer von gemeinsamen Sorgen, Interessen und politischen Zielen bestimmten Gruppenidentifikation zu nehmen. Man hat die Wähler auf die Individualität ihrer jeweiligen Standpunkte verwiesen und diese Standpunkte von ihrem kollektiven Machtpotential abgekoppelt. Man hat diese Wähler zur Ohnmacht verurteilt, indem man die strukturierende Annahme eines sozialen Konflikts, in dem die Linke die Forderungen der Arbeiter vertritt, fallen ließ und jede soziale Bewegung mitsamt ihrer verbliebenen Anhängerschaft als archaischen Rest einer überwundenen Vergangenheit darstellte, als Symptom einer Auflösung der sozialen Bande, gegen die die Regierenden nun angeblich ankämpfen mussten.

Wie aus Ohnmacht Wut wird oder: »Jeder weist die Wahl des anderen zurück«

Aber aus dieser Ohnmacht ist Wut geworden. Und das Ergebnis hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Gruppe hat sich neu formiert. Um ihrem Standpunkt Gehör zu verschaffen, organisierte sich jene soziale Klasse, die der neokonservative Diskurs der Linken dekonstruiert hatte, auf eine andere Weise. Sartres kluge Analyse der individualisierenden und mithin depolitizierenden Wirkung von Wahl- und Wahlkampfprozessen⁸ stößt hier an ihre Grenzen.⁹ Sein Analysebeispiel ist zwar eindrücklich: Die Arbeiter, die sich im Mai 68 den Streiks angeschlossen hatten, retteten einen Monat später mit ihren Wählerstimmen das De-Gaulle-Regime. Aber Sartre unterschlägt, dass auch eine Wahlentscheidung im Modus kollektiver Mobilisierung und als Gruppenhandlung erlebt werden kann. Ein solcher Modus der Stimmabgabe widerspricht der prinzipiellen Idee einer „allgemeinen Wahl“, in der

8 Im Gegensatz zur kollektivierend-politizierenden Wirkung politischer Bewegungen: Erstere erzeugten in der öffentlichen Meinung eine Situation der „Serialität“, letztere führten zur Formation von „Gruppen“.

9 Jean-Paul Sartre, *Élections, piège à cons*, in: *Situations*, X, Paris 1976, S. 75-87.

individuelle Wählerstimmen sich zu einem alle partiellen Standpunkte transzendierenden „Gemeinwillen“ aggregieren.

Im Fall, der mich hier interessiert (das Votum für die Kommunisten oder den Front National), können wir jedoch das Gegenteil beobachten: einen Krieg der Klassen, der mit dem Wahlzettel ausgefochten wird, eine in jedem Wahlgang neu ausgetragene Konfrontation, bei der eine gesellschaftliche Klasse (oder zumindest ein Teil von ihr) versucht, der Gesellschaft ihre Präsenz aufzuzwingen und ein Kräftemessen herbeizuführen. Merleau-Ponty unterstreicht zwar ebenfalls, dass die Wahl die Menschen gewissermaßen in ihrer Freizeit befragt, „außerhalb der Berufstätigkeit und außerhalb des Lebens“, und deshalb gemäß einer individualisierenden und abstrakten Logik funktioniert. Dennoch besteht er auf dem „gewaltsamen“ Charakter dieses Wahlvorgangs: „Jeder weist die Wahl des anderen zurück.“¹⁰

Die kollaborative Bestimmung eines „Gemeinwillens“ aller durch alle, die Herausbildung einer Mehrheit, in deren Wunsch die Minderheit sich akzeptierend fügt, oder die Erarbeitung eines Konsenses sind nicht das, worauf die Arbeiterklasse (oder ein Teil von ihr) in Wahlen aus ist. Sie will stattdessen den Anspruch der Mehrheit auf die Repräsentation eines „allgemeinen“ Standpunkts in Frage stellen. Sie erinnert daran, dass dieser „Mehrheits“-Standpunkt der Standpunkt einer gegnerischen, entgegengesetzte Interessen verfolgenden Gruppe ist.¹¹

Das Verschwinden der Arbeiterklasse und der Aufstieg Le Pens

Bei den Wahlerfolgen des Front National vollzog sich dieser Prozess der politischen Selbstkonstruktion mittels einer – zumindest im Moment der Wahl entstehenden – Allianz sozialer Schichten, die sich zuvor feindlich gegenüberstanden. Die gewichtigste Folge des Verschwindens der Arbeiterklasse und der Arbeiter, ja des Klassenbegriffs überhaupt aus dem politischen Diskurs, war die Aufkündigung der alten Allianz zwischen Arbeitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen (Beamte, Angehörige des öffentlichen Dienstes, Lehrer...) innerhalb des linken Lagers, die den Weg freimachte zu einem neuen, größtenteils rechts verankerten oder sogar rechtsextremen „historischen Block“ (Gramsci).

Dieser verbindet heute große Teile der prekarierten und verwundbaren Unterschicht mit Leuten aus Handelsberufen, mit wohlhabenden, in Südfrankreich lebenden Rentnern, ja sogar mit faschistischen Exmilitärs und traditionalistischen Katholiken.¹² Wahrscheinlich war das zu einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzung, um überhaupt wieder politisches Gewicht

10 Maurice Merleau-Ponty, Über die Enthaltung [1960], in: Ders.: Zeichen, aus dem Französischen von Barbara Schmitz, Hans Werner Arndt und Bernhard Waldenfels, Hamburg 2007, S. 471-476, S. 472.

11 Gleiches gilt natürlich auch für jede andere Klasse, wie man an den Reaktionen des Bürgertums auf jeden Wahlsieg der Linken erkennt.

12 Vgl. zu analog verlaufenden sozialen, politischen und ideologischen Prozessen in Großbritannien, die ebenfalls zur Herausbildung historischer Blöcke aus Bürgertum und Arbeiterschicht bei der Wahl rechter Parteien geführt haben, Stuart Hall, The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left, London 1988.

zu erlangen (umso mehr, als man dieses Gewicht gegen die regierende Linke oder genauer gegen die Macht, wie sie die linken Parteien verkörperten, erringen musste). Ja, dieser Ausweg wurde als der einzig verbleibende wahrgenommen. Aber durch die neue politische Konfiguration und ihre neuen politischen Allianzen veränderte sich diese Gruppe, die nur einen Teil der ehemals kommunistischen Wählerschaft ausmachte, in ihrem Wesen. Ihre Mitglieder begriffen sich selbst, ihre Interessen, ihren Bezug zu Gesellschaft und Politik fortan auf eine ganz andere Weise.

Die Wahl Le Pens als die Summe der spontanen Vorurteile

In der Unterstützung für die Kommunistische Partei hatten die Wähler ihre separate, serielle Identität transzendiert. Das entstehende Meinungskollektiv, ausgebildet und ausgedrückt im Medium der Partei, war mehr gewesen als der bloße Spiegel der disparaten Einzelmeinungen. In der Wahl für den Front National blieben die Einzelnen, wer sie waren. Man dachte von Wahl zu Wahl, empfand weniger Loyalität gegenüber der Partei, übertrug seine Stimme mit weniger Festigkeit und Überzeugung den Wortführern und Repräsentanten. Die produzierte Meinung ist nur die von einem Parteidiskurs eingefangene und geformte (und das heißt hier: in ein kohärentes politisches Programm gepresste) Summe ihrer spontanen Vorurteile. Doch selbst wenn die Wähler das Parteiprogramm nicht in seiner Gesamtheit unterschreiben, kann die durch das Wahlergebnis gestärkte Partei behaupten, ihr gesamter Diskurs würde von allen ihren Wählern unterstützt.

Die Annahme ist verlockend, es handele sich dabei nur um ein inhärent „serielles“ Kollektiv, in dem unmittelbare, zwar manchmal geteilte, größtenteils aber zugeteilte Impulse und Meinungen vorherrschen, aber keine gemeinsam durchdachten oder aus einer gemeinsamen Praxis entwickelten Standpunkte und Interessen. Die entfremdete Weltanschauung (den Ausländern die Schuld geben) verdrängt den politischen Begriff (gegen die Herrschaft ankämpfen). Aber durch die Wahl dieser Partei, die das Wahlergebnis anschließend instrumentalisiert, konstituiert sich dieses neuartige Kollektiv trotz allem als Gruppe. Die Wähler nehmen hin, dass ihre Stimme „instrumentalisiert“ wird. Denn sie selbst haben das Mittel der politischen Wahl instrumentalisiert, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.¹³

Halten wir also fest, dass eine politische Wahl häufig – und das betrifft alle Wähler – nur eine partielle oder indirekte Zustimmung zur Programmatik der gewählten Partei oder des gewählten Kandidaten ausdrückt. Als ich meine Mutter darauf ansprach, dass sie mit ihrer Stimme eine Partei unterstützte, die gegen das Recht auf Abtreibung kämpfte (obwohl sie, wie ich wusste, schon einmal abgetrieben hatte), antwortete sie mir nur: „Das ist was anderes, dafür hab ich die doch nicht gewählt.“

13 Vgl. zur Wahlentscheidung für den Front National auch den Aufsatz von Patrick Lehingue, *L'Objectivation statistique des électorats: que savons-nous des électeurs du FN?*, in: Jacques Lagroye, *La Politisation*, Paris 2003, S. 247-278.

Von links nach rechts – und wieder retour?

Wie aber unterscheidet man in solchen Fällen die für die individuelle Wahl relevanten Faktoren von den nebensächlichen?

Das Wichtigste ist wohl, dass man sich, und sei es auf unvollständige oder unvollkommene Weise, als Individuum und Kollektiv repräsentiert fühlt, und das heißt unterstützt von denen, die man durch seine Wahlstimme unterstützt. Dass man den Eindruck hat, durch eine überlegte Wahlentscheidung politisch zu existieren und einen Unterschied machen zu können.

Die antagonistischen Vorstellungen von Politik, die sowohl in der Wahl des Front National als auch in der des Parti Communiste zum Ausdruck kommen, diese gegensätzlichen Modi der Konstitution als politisches Subjekt, stützen sich auf unterschiedliche Weisen, die soziale Welt wahrzunehmen und einzuordnen – die aber, je nach Ort und Zeitpunkt, im selben Individuum koexistieren können. Es kommt ganz darauf an, wie die jeweilige Alltagserfahrung strukturiert ist, ob zum Beispiel am Arbeitsplatz die praktische Solidarität überwiegt oder die Angst vor der Konkurrenz um den eigenen Job, ob man sich dem informellen Elternnetzwerk einer Schule zugehörig fühlt oder an den alltäglichen Schwierigkeiten in einem „Problemviertel“ verzweifelt usw. Es handelt sich dabei um gegensätzliche oder jedenfalls verschiedene Weisen, die soziale Realität zu ordnen und auf die politische Ausrichtung der Regierenden einzuwirken, und beide schließen einander nicht immer aus.

Deshalb ist es auch alles andere als unmöglich, dass sich trotz der dauerhaften, verstörenden Allianzen innerhalb der Wählerschaft des Front National ein Teil dieser Wähler in nicht ganz ferner Zukunft der extremen Linken zuwendet. Das heißt natürlich nicht, dass man die Linksextremen auf eine Ebene mit den Rechtsextremen stellt – wie es all jene reflexartig tun, die glauben, ihre Definitionshoheit über die legitime Politik durch den Vorwurf des „Populismus“ sichern zu können, den sie jeder abweichenden Meinung entgegenschleudern. Dieser Vorwurf bezeugt nichts anderes als ihr klassenbedingtes Unverständnis für die „Irrationalität“ eines Volkes, das sich ihrer „Vernunft“ und „Weisheit“ nicht fügen will. Es heißt einfach, dass sich, sobald die globale (nationale und internationale) Lage eine andere ist, die Position einer Gruppe – des Arbeitermilieus und der populären Klassen – im politischen Koordinatensystem so sehr verändern kann, dass diese zusammen mit anderen gesellschaftlichen Segmenten einen neuen historischen Block bildet.

Sicher wären zu einer solchen Neuordnung einige einschneidende Ereignisse nötig (Streiks, Demonstrationen usw.), denn so leicht löst man sich nicht von einem politischen Lager, in dem man sich mit der Zeit, und sei es voller Zweifel und Unsicherheiten, eingerichtet hat. Man wechselt nicht einfach so die politischen Seiten. Dazu bedarf es veränderter Selbst- und Fremdbezüge, sprich: neuer Sichtweisen auf die Welt und die Dinge des Lebens.

Ende des ersten Teils. Der zweite Teil folgt in der Septemбераusgabe der „Blätter“.